

Schweizerischer Gewerbeverband  
 Union suisse des arts et métiers  
 Unione svizzera delle arti e mestieri



3001 Bern  
 Postfach  
 Schwarztörstrasse 26  
 Telefon 031 257785  
 Telefax 031 262366

BUNDESPRESIDENZ	
30.09.91	Mh
Kauf RR	
<input type="checkbox"/>	EDAT
<input type="checkbox"/>	EDI
<input type="checkbox"/>	EJPD
<input type="checkbox"/>	EMD
<input type="checkbox"/>	EFD
<input checked="" type="checkbox"/>	EVD
<input type="checkbox"/>	EVED
<input checked="" type="checkbox"/>	BK
Empfang bestätigt:	

An den Gesamtbundesrat  
 Bundeshaus Parlament

3003 Bern

Bern, 24. September 1991 Pl/by

GENERALSEKRETARIAT EVD	
- 1. OKT. 1991	
GS	Ct
BÄWI	
BIGA	
BLW	
BVET	
BFK	
BVL	
BWO	
EGV	
KK	
KF	
PU	
Reg. Nr.	2520.1

Europäischer Wirtschaftsraum

Sehr geehrter Herr Bundespräsident  
 Sehr geehrte Herren Bundesräte

Die Schweizerische Gewerbekammer hat sich an ihrer Sitzung vom 29. August 1991 mit dem Thema "Europäischer Wirtschaftsraum" (EWR) beschäftigt. Sie ist zur Überzeugung gelangt, dass der EWR-Vertrag, so wie er sich heute abzeichnet, mit grösster Skepsis betrachtet werden muss. Die Schweizerische Gewerbekammer hat gleichzeitig den Vorstand beauftragt, in einem Schreiben an den Bundesrat seine Meinung klar zum Ausdruck zu bringen.

Bei ihrer Analyse der wirtschaftlichen Vor- und Nachteile des EWR ist die Schweizerische Gewerbekammer zum Schluss gekommen, dass eine wirtschaftliche Notwendigkeit für ein Mitmachen unter den heutigen Voraussetzungen nicht besteht.

- 2 -

Von weittragender und entscheidender Bedeutung wäre vor allem der innenpolitische Preis des vorgesehenen EWR-Vertrages wegen des Abbaus der Rechte der Bürger, des Parlaments und der Kantone. Nach heutigem Erkenntnisstand ist dieser Preis zu hoch. Mit den Beschränkungen am föderalistischen Aufbau und an der demokratischen Form (Einschränkung des Referendums- und Initiativrechts) würde an Grundrechten der Schweiz gerüttelt. Im Gegenzug würde sich die Schweiz einem Rechtssetzungssystem unterwerfen, das ohne echte schweizerische Mitwirkung und ohne wirksame, realistische Ausweichmöglichkeiten für die Schweiz verbindliches Recht setzt, respektive weiterentwickelt. Die Schweiz würde damit eine Art Blankocheck für die Weiterentwicklung ausstellen. Ausserdem scheint der EWR-Vertrag als eigenständiges Vertragswerk keine Zukunft zu haben. Selbst offizielle Stellen bezeichnen den EWR-Vertrag nur als Übergangsstadium für einen EG-Beitritt.

Da ein EG-Beitritt nach Auffassung des Schweizerischen Gewerbeverbandes in naher Zukunft nicht in Frage kommt, bleibt für die nächste Zeit nur der Weg der "weltoffenen politischen Eigenständigkeit" gangbar. Dies soll keinesfalls eine Abschottung von Europa oder gar eine Erstarrung in den bestehenden Strukturen bedeuten, sondern muss im Gegenteil als Aufbruch zu einem zukunftsgerichteten offenen Staatswesen aufgefasst werden, das mittels Deregulierung und echter liberaler Haltung zu ordnungspolitischen Grundsätzen zurückfindet. Die Schweiz soll darüber hinaus nicht nur mit der EG enge wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit pflegen, sondern mit allen europäischen Staaten und Gemeinschaften. Diese Zusammenarbeit hat sich ausserdem im Rahmen von freundschaftlicher Freiheit zu halten. Der Weg der weltoffenen politischen Eigenständigkeit ist umso mehr zu befürworten, als die Welt - politisch und wirtschaftlich - nicht nur aus Europa besteht. Eine weltoffene Haltung - als Gegensatz



- 3 -

zu einer gewissen europäischen Abschottungstendenz, die sich innerhalb der EG teilweise bemerkbar macht - ist gerade für die Schweiz zwingend.

Die Schweiz ist somit aufgerufen, die bisher erfolgreiche bilaterale Verhandlungstätigkeit mit der EG wieder aufzunehmen und den bewährten Abkommen dort, wo es nötig und sinnvoll ist, weitere zuzufügen. Auch die Kontakte mit der EFTA sind zu intensivieren. Daneben sollte man sich die Frage stellen, ob nicht die Schweiz eine Initiative ergreifen sollte, um ein "EFTA-Europa" zu schaffen, das liberalen Intensionen gerechter werden würde als ein "EG-Europa". Vielleicht wäre eine diesbezügliche Offensive zu überlegen.

Ordnungspolitische Reformen sind ausserdem unverzüglich an die Hand zu nehmen. Als vordringlich muss man die Revision im Bereich der Ausländerpolitik erwähnen. Der Bundesrat ist aufgerufen, keine Aktionen zu setzen, die dazu führen würden, dass aus einer Verneinung des EWR die Notwendigkeit von ordnungspolitischen Reformen bestritten werden würde. In diesem Sinne wäre es nach Auffassung des SGV nicht verantwortbar, ein unakzeptables und unbefriedigendes Vertragswerk nicht selbständig abzulehnen, sondern dieses dem Volk im Sinne einer "Schwarzpeterpolitik" zuzuschieben.

Bei aller positiven Grundhaltung der Schweizer Bevölkerung gegenüber "Europa" dürfte in nächster Zukunft weder eine Abstimmung über einen EWR noch über einen EG-Beitritt eine realistische Chance haben. Das Nein ist programmiert. Damit wäre aber auch die Gefahr gross, dass sich eine weitere Verhärtung der politischen Fronten ergeben würde und die notwendigen ordnungspolitischen Reformen nicht realisierbar wären. Weil diese unumgänglich notwendig sind, darf nichts getan werden, sie in

- 4 -

Gefahr zu bringen oder in Frage zu stellen.

Der Schweizerische Gewerbeverband bittet den Bundesrat die Fragen und Folgen der europäischen Integration in breiter Auffächerung, nämlich unter dem Aspekt der schweizerischen, innenpolitischen Entwicklung, zu verfolgen.

Der Schweizerische Gewerbeverband ist für Gespräche in dieser Frage jederzeit bereit.

Mit freundlichen Grüssen

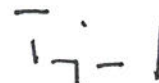
SCHWEIZERISCHER GEWERBEVERBAND

Der Präsident:

Der Direktor:



M. Kündig,  
Ständerat



Dr. P. Triponez